

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 232/2016
Kiel, Freitag, 10. Juni 2016

Verkehr/Landesbetrieb Straßenbau

Christopher Vogt: Landesregierung muss den Landesbetrieb Straßenbau endlich aufgabengerecht ausstatten

In seiner Rede zu TOP 32 (Landesbetrieb Straßenbau aufgabengerecht ausstatten) erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Verkehrspolitik in unserem Bundesland ist seit Jahren dadurch gekennzeichnet, dass das Land erhebliche Probleme beim Erhalt der Landes- und Bundesstraßen und bei der Planung neuer Infrastrukturprojekte wie der A 20 hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben davon mittlerweile die Nase gestrichen voll. Es sollte allen Verantwortlichen sehr zu denken geben, dass bei der Forsa-Umfrage von ‚Kieler‘ und ‚Lübecker Nachrichten‘ vor einigen Wochen die Verkehrsprobleme des Landes nach der Flüchtlingspolitik als wichtigstes landespolitisches Thema genannt wurden. Wundern kann sich darüber niemand. Die Probleme sind hausgemacht. Die gute Nachricht dabei ist: Das Land hat es selbst in der Hand, dass es zukünftig besser wird.

Auf einem guten Weg ist die Landesregierung da aber leider nicht. Dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr werden – nicht erst seit gestern – nicht nur die Mittel für dringend benötigte Erhaltungs- und Baumaßnahmen vorenthalten, sondern auch nach wie jedes Jahr immer mehr Stellen gestrichen. Seit Minister Meyer im Amt ist, wurden Jahr für Jahr Planungskapazitäten im Landesbetrieb abgebaut. Angesichts dieser aus unserer Sicht falschen Schwerpunktsetzung darf sich niemand über die massiven Verkehrsprobleme in Schleswig-Holstein wundern.

Die Voraussetzung für einen Personalabbau wäre ja ein Wegfallen von Aufgaben. Das ist beim Landesbetrieb aber nicht der Fall. Der Landesbetrieb hat nicht weniger, sondern immer mehr Aufgaben zu bewältigen. Dieser

Trend wird sich mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan sogar noch verstärken.

Während diese Landesregierung in anderen Bereichen mal eben über 1.000 Stellen geschaffen und den Personalabbaupfad de facto beerdigt hat, beharrt sie hier stur auf veralteten Plänen, die völlig kontraproduktiv sind. Wir wollen die Landesregierung deshalb mit unserem Antrag auffordern, den Personalabbau beim Landesbetrieb umgehend zu stoppen und den LBV endlich aufgabengerecht auszustatten.

Außerdem fordern wir, dass Minister Meyer dem Landtag bis zur Sommerpause ein Konzept vorlegen soll, mit dem es gelingen kann, endlich in ausreichendem Umfang qualifiziertes Personal für die Planung von Verkehrsprojekten anzuwerben. Da muss es um die Bezahlung, um die Standorte und die beruflichen Perspektiven gehen. Wir haben jetzt wirklich lang genug darüber gesprochen. Wenn man beim Landesbetrieb stetig Personal abbaut und Planer deutlich schlechter bezahlt als die Bauwirtschaft und die öffentliche Hand in Hamburg oder auch den Kommunen, ist es doch logisch, dass die Fachkräftegewinnung nicht funktionieren kann.

Es macht nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch finanzpolitisch überhaupt keinen Sinn, dass das Landesstraßennetz weiter zerfällt und vom Bund finanzierte Projekte nicht realisiert werden. Das Land verfügt seit Jahren über kein einziges baureifes Projekt. Wenn man hier nicht endlich die Kurve kriegt, drohen dem Land nicht nur noch mehr Verkehrsprobleme, sondern auch mehr denn je ein Abfließen von Bundesmitteln in andere Bundesländer. Das wäre verantwortungslos.

Nicht nur die Piraten, sondern auch die Koalition haben uns nun einen Änderungsantrag vorgelegt, mit dem sie einen schriftlichen Bericht zum Juli-Plenum fordern. Bisher wurde uns von der Landesregierung immer mitgeteilt, dass schriftliche Berichte bis zur nächsten Tagung nicht umsetzbar sind, aber wir nehmen das interessiert zur Kenntnis. Ich möchte darum bitten, die Änderungsanträge zu selbständigen Anträgen zu erklären, wir können diesen nämlich auch zustimmen. Der Berichts Antrag der Piraten ist übrigens deutlich konkreter. Der sollte deshalb auch beschlossen werden.

Die Koalitionsfraktionen sollten den Hilferuf des Verkehrsministers in Sachen Ausstattung des Landesbetriebes endlich erhören. Herr Meyer hat in einem Schreiben (Umdruck 18/5846) an den Finanzausschuss den Personalabbau beim Landesbetrieb zu Recht kritisiert. Wörtlich heißt es darin: *„Weiterer Personalabbau ist nicht zielführend, um den Erhalt bzw. die Verbesserung der Straßeninfrastruktur zu gewährleisten.“* Dass dann im Nachgang sein Staatssekretär in den Lübecker Nachrichten erklärt, dass der Personalbestand bis zur Landtagswahl im Mai 2017 ausreichend sei, ist wirklich absolut lächerlich. Der Stellen- und Personalbericht der rot-grün-blauen Landesregierung aus dem Jahr 2014 sieht 10 Prozent Personalabbau im Landesbetrieb bis zum Jahr 2020 vor. Das sind jedes Jahr weitere 14 Stellen und 2020 sogar 23 Stellen.

Der Minister kritisiert in schöner Regelmäßigkeit zu Recht den Bund, weil dieser die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht vernünftig ausstattet. Glaubwürdig ist das nicht, solange er mit seiner Behörde genau das Gleiche

tut. Und dann kommt auch noch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, der am 23. März 2016 im SHZ erklärt hat, dass das Land seine Planungskapazitäten um mindestens 50 Prozent erhöhen müsse. Ich habe die Landesregierung danach gefragt und man teilt dies nicht. Meine Sorge ist, dass Union, SPD und Grüne die Auftragsverwaltung aufgeben und die Zuständigkeit für unser Autobahnnetz komplett an Herrn Dobrindt abgeben wollen. Beim Nord-Ostsee-Kanal und beim Rendsburger Kanaltunnel sehen wir doch, dass das nicht die Lösung ist.“